

3 VOLKSWIRTSCHAFTS- UND SANITÄTSDIREKTION (VSD)

Generelle Absichtserklärung

Die Qualität der erbrachten Leistung hat für die drei Baselbieter Kantonsspitäler und die Kantonalen Psychiatrischen Dienste oberste Priorität. Im medizinischen Bereich heisst dies, dass der Bevölkerung in unseren vier kantonalen Institutionen eine effiziente und moderne stationäre und ambulante Betreuung anzubieten ist, die mit der medizinisch-technischen Entwicklung angemessen Schritt hält. Es gilt, den erreichten hohen Standard zu halten und die baulichen und technischen Infrastrukturen unserer Spitäler an die aktuellen Bedürfnisse anzupassen und wo nötig zu erneuern und zu ergänzen. Die laufende gemeinsame Spitalplanung Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll wesentlich dazu beitragen, unsere qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, diese aber so kostengünstig und effizient wie möglich zu gestalten.

Im Bereich Volkswirtschaft geht es darum, die insgesamt hohe Standortqualität des Kantons weiter zu fördern und erkannte Schwachstellen gezielt anzugehen. Konkrete Massnahmen hierzu werden umgesetzt im Rahmen des laufenden Impulsprogrammes Familie und Beruf, durch eine Professionalisierung der kantonalen Tourismusförderung und die Neuschaffung und Neupositionierung der Funktion eines kantonalen Wirtschaftsdelegierten.

Programmpunkt Nr. 3.01

Gesundheitswesen

Nachdem die Teilrevision des Spitalgesetzes 2002 abgeschlossen wurde, wird das Gesundheitsgesetz im Landrat zu beraten sein, ebenso ein neues Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter. Nach Abschluss des Vorprojektes «Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft» wird im Kanton Basel-Landschaft die Planung der «Berufsfachschule Gesundheit» an die Hand genommen werden und im Kanton Basel-Stadt die Planung der «Höheren Fachschule Gesundheit». Die Positionierung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als Leistungserbringer auf dem kostenmässig stark unter Druck stehenden Gesundheitsmarkt ist zu stärken, die gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt durchzuführen. Die Einflüsse der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes auf das Gesundheitsversorgungssystem des Kantons und der Region werden bei allen Überlegungen zu beurteilen und zu berücksichtigen sein. Die stetig ansteigenden Prämien in der Krankenversicherung können durch den Kanton wenig beeinflusst werden: massvollen Spitaltaxerhöhungen bei kürzeren Aufenthaltszeiten stehen kostentreibende Mengenausweitungen in allen anderen Leistungsbereichen gegenüber.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Behandlung / Betreuung			
Erfüllung der vom Krankenversicherungsgesetz geforderten Qualitätssicherungsbedingungen, Angebotsoptimierung	3.01.01	Kantonsspital Bruderholz: Fortgesetzte Prozessoptimierung, Durchführung von ausgewählten Qualitätsprojekten in allen Bereichen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der systematischen Erfassung der Patientenzufriedenheit.	In den Therapien wurden Behandlungspfade und Soll-Standards in der Behandlung definiert; zudem wird ein neues EDV-basiertes Planungstool eingesetzt für eine optimale Terminvergabe und Ressourceneinsatzplanung. Generell wurden die Resultate der Patientenbefragung in den Teilbereichen, insbesondere den Pflegestationen, analysiert, und es wurden Massnahmen in Gang gesetzt unter anderem bezüglich der Patientenverpflegung.

	3.01.35 (neu)	Kantonsspital Bruderholz: Erhalt von Ertragsvolumen und –struktur und Aufrechterhaltung der Patientenzufriedenheit bei hoher Bettenauslastung und Erfüllung des Leistungsauftrages trotz dringlichem, weiter aufgeschobenem umfassendem Sanierungs- und baulichem Anpassungsbedarf des 30-jährigen Spitals.	Die Bettenauslastung beträgt hohe 90,7 %. Der Anteil der Zusatzversicherten konnte bei 28,7 % (Vorjahr: 30,1 %) gehalten werden. Das Problem der ungenügenden Parkplatzkapazität wurde im Dezember dank der Realisierung von 116 zusätzlichen Parkplätzen gelöst.
	3.01.31	Kantonsspital Liestal: Differenzierung als interdisziplinäres Behandlungszentrum für Patientinnen/Patienten (Änderung der innerbetrieblichen Untersuchungs- und Behandlungsabläufe). Nachdem einerseits erfolgreich die interdisziplinär geführten Sprechstunden und Behandlungen in der plastischen Chirurgie mit dem Kantonsspital Basel und andererseits KSL-intern in der Angiologie (Radiologische, Chirurgische und Medizinische Klinik) abgeschlossen sind, wird 2003 das Projekt Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten (involvierte Stellen: Ernährungsberatung, Gastroenterologie und Chirurgische Klinik) gestartet. Dabei werden neue organisatorische und personelle Strukturen verfolgt. Finanzielle Auswirkungen auf das Budget 2003 sind nicht zu erwarten.	Die Ernährungsberatung hat 2003 relevante Themen als Projekte ausgewählt und diese im Laufe des Jahres bearbeitet. Somit konnte die erste Phase der Projektdefinition und Projekterarbeitung 2003 abgeschlossen werden. Im Jahre 2004 steht die praktische Umsetzung an.
Infrastruktur			
Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Spitälern an den medizinischen Fortschritt und an neue Bedürfnisse. Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Bereichen Kantonales Laboratorium und Berufsschule für Pflege.	3.01.07	Realisierung des Projektes Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inkl. Neubau Werkstatt- und Bürogebäude in der Psychiatrischen Klinik. (Siehe Programmpunkt 4.03.01 BUD)	Die Bauarbeiten wurden aufgenommen.
	3.01.08	Kantonsspital Bruderholz: Konkretisierte Planung für KSB 2000 plus (zusammen mit Hochbauamt), unter Berücksichtigung des Standortentscheides UKBB und der Ergebnisse der gemeinsamen Spitalplanung mit Basel-Stadt.	Die Konkretisierung der Planung von KSB 2000 plus wurde im Zusammenhang mit der Bedarfsplanung betreffend stationäre Gesundheitsversorgung im Kanton Basel-Landschaft zurückgestellt. Die Bedarfsplanung hat bestätigt, dass die Kapazität des Kantonsspitals Bruderholz auch in Zukunft gebraucht wird (siehe dazu auch LR-Vorlage 2003 / 269 "Strategiebericht Spitalversorgung Basel-Landschaft (Hausaufgaben BL)").

			Das Projekt "Erneuerung KSB" wird in der Legislatur 2004 bis 2007 neu aufgelegt.
	3.01.32	Kantonsspital Bruderholz: Schrittweise Realisierung eines neuen, digitalen PACS (Patienten-, Archiv- und Communications-Systems) sowie eines neuen Klinik-Informations-Systems. Budget 2003: Jahrestanche Fr. 1'630'000.–	Das Projekt wurde erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen. Die angestrebte Verbesserung der Abläufe wurde realisiert. Die beiden grossen somatischen Spitäler Kantonsspital Liestal und Kantonsspital Bruderholz sind bezüglich digitaler Bildverarbeitung und -verwaltung schweizweit vorne positioniert.
	3.01.36 (neu)	Kantonsspital Liestal: Ersatzanschaffung des Narkosegeräteparks inklusive Monitoring und Patientendatenmanagement-System. (Der vorhandene Narkosegerätepark für die 8 Operationssäle mit den dazugehörenden Vorbereitungs-räumen und den 3 Aussenstationen ist in den einzelnen Komponenten zwischen 10 und 17 Jahre alt und entspricht teilweise nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften und aktuellen Bedürfnissen). Budget 2003: 2. Jahrestanche Fr. 1'220'000.– Die Realisierungsphasen 1 und 2 (2002 / 2003) sind damit abgeschlossen.	Der ab Herbst 2002 in Betrieb genommene Ersatz beim Narkosegerätepark inklusive Monitoring funktioniert zur besten Zufriedenheit. Die Installation des Patientendatenmanagement-Systems (PDMS) wurde im Dezember 2003 erfolgreich vorgenommen. Mit der Realisierung des Gesamtprojektes konnte der alte Apparatepark durch einen zeitgemässen ersetzt werden, und er entspricht jetzt zudem den gesetzlichen Vorschriften. Die Dokumentation der Patienten- und Apparateparameter wird nun während eines Eingriffes automatisch elektronisch erfasst und archiviert. Zudem wurde damit auch die Möglichkeit einer Einbindung der Daten in eine gesamt-elektronische Krankengeschichte geschaffen. Der Gesamtkredit von Fr. 2'120'000.- wurde um Fr. 31'000.- (1,4 %) unterschritten.
	3.01.37 (neu)	Kantonsspital Liestal: MRI (Magnetic Resonance Imaging): Vorbereitung einer Landratsvorlage mit dem Ziel, für öffentliche und private Leistungserbringer der Versorgungsregion oberes Baselbiet den Zugang zu dieser Diagnosetechnik zu ermöglichen. <i>Vorlage an den Landrat.</i> Verpflichtungskredit: Fr. 2'100'000.– Budget 2003: Fr. 900'000.–	Die Beschaffung des MRI-Gerätes wurde dem Landrat mit der Vorlage 2003 / 133 beantragt und mit dem Landratsbeschluss vom 16. Oktober 2003 bewilligt.
	3.01.05	Abschluss des Pilotversuches für die heroingestützte Behandlung von schwerstsuchtigen Patientinnen und Patienten und Überführung in ein Definitivum.	Die heroingestützte Behandlung von schwerstsuchtigen Patientinnen und Patienten hat sich als sinnvolle Massnahme erwiesen und soll weiterhin durchgeführt werden.
	3.01.30	Zwecks Erfüllung der Rechtsnorm gemäss Bundesgerichtsvorgaben ist die Vorlage für einen Gesetzes-	Die Revision des Gesundheitsgesetzes wurde auf das Jahr 2004 verschoben, nachdem sich bei der

		entwurf betreffend die Zwangsbehandlung von Patientinnen und Patienten mit psychischen Störungen zu erarbeiten. <i>Vorlage an den Landrat (Revision des Gesundheitsgesetzes).</i>	Neuregelung des Heilmittelbereichs auf Bundesebene Verzögerungen ergeben haben (vgl. dazu Programmpunkt 3.07.01 im Jahresprogramm des Regierungsrates 2004).
	3.01.38 (neu)	Dringliche Massnahmen zur Bewältigung der Überbeanspruchung der stationären psychiatrischen Dienste. Es ist die Einrichtung einer 5. Akutstation vorgesehen. Kosten: rund 2 Millionen Franken, im Budget 2003 der Kantonalen Psychiatrischen Dienste enthalten.	Die 5. Akutstation wurde Ende November 2003 eröffnet. Das Ziel, nämlich die Entlastung der seit längerer Zeit markant überbelegten Akutstationen, wurde erreicht. Die Belegung des Akutbereiches konnte im Jahre 2003 trotz neuerlicher Zunahme der Patientenzahlen bei hohen 95 % stabilisiert werden.
	3.01.39 (neu)	Kantonsspital Laufen: Planung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie. 2004: Vorbereitung; 2005: Baukreditvorlage.	Infolge Schliessung des Bezirksspitals Breitenbach (SO) erfuhr das Kantonsspital Laufen ab Juli 2003 eine ausserordentliche Volumensteigerung (+ 30 % Klinikaustritte, + 25 % Notfälle etc.), so dass die Prioritäten von der Spitalleitung anders gelegt werden mussten. Die Aufgabe wird im 2004 an die Hand genommen.
	3.01.40 (neu)	Planung eines neuen Schulgebäudes für die Berufsschule für Pflege. 2003: Wettbewerb, Konkurrenzverfahren; 2004: Vorprojektvorlage; 2005: Baukreditvorlage.	Die Berufsschule für Pflege wurde per 1. Januar 2003 in den Zuständigkeitsbereich der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion verschoben.
Tarifstruktur			
Anpassung der betriebswirtschaftlichen Strukturen an die Erfordernisse des KVG und des neuen Tarifes im Medizinbereich (TarMed)	3.01.12	Alle Spitäler: Nachdem definitiv feststeht, dass der TarMed per 1.1.2004 eingeführt wird, kommen nun all die bisher ausgestellten Arbeiten zur Ausführung: Umstellung der Erfassung und Verrechnung ambulanter Leistungen auf TarMed; Übersetzung aller medizinischen Leistungen in TarMed-Katalogpositionen; Einführung der Einzelleistungserfassung an Stelle der bisherigen Pauschalleistungen; Einführung unterstützender EDV-Instrumente für die Patientenadministration und die Leistungserfassung vor Ort; Umstellung der ganzen Fakturierung auf die mit TarMed verbundenen Kriterien; stufengerechte Schulung des medizinischen und administrativen Personals; koordinierte Verhandlungen neuer Tarif- und Chefarzt-Verträge.	Die Umstellung auf die neue Tarifstruktur TarMed ist per 1. Januar 2004 erfolgt. Die Anpassung der Chefarzt-Verträge wurde vor dem Hintergrund der 2. KVG-Teilrevision ausgestellt.

Planung / Regionale Zusammenarbeit			
	3.01.04	Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept: Nach Verabschiedung durch den Landrat Planung der prioritären Einzelprojekte.	Die Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept (LR-Vorlage 2003 / 173) wurde vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 zustimmend zur Kenntnis genommen. Die aus der Folgeplanung resultierenden Einzelmassnahmen werden dem Landrat zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und der Finanzierbarkeit zur Beschlussfassung unterbreitet werden.
	3.01.16	Für das UKBB wird mit Basel-Stadt eine Begrenzung / Beseitigung des strukturellen Defizits angestrebt.	Mit der Vorlage 2002 / 275 betreffend Genehmigung von Globalbeiträgen für die Jahre 2003 und 2004 (partnerschaftliches Geschäft) wurden den Parlamenten von Basel-Stadt und Basel-Landschaft die jährlichen Globalbeiträge für die Abgeltungen der Dienstleistungen des UKBB 2003 und 2004 beantragt. Die Beseitigung des strukturellen Defizits wurde durch eine Erhöhung des Globalbeitrages für gemeinwirtschaftliche Leistungen um insgesamt 3 Millionen Franken und die Erhöhung des Kostensatzes pro Pflege tag von 1'220 Franken auf 1'360 Franken für 2003 und 1'380 Franken für 2004 eingeleitet.
	3.01.41 (neu)	Durch das Berufsbildungsgesetz werden die Gesundheitsberufe in die Systematik des Bundes überführt und die Verantwortung für die zukünftige Reglementierung und Anerkennung wechselt in das BBT. Aus diesem Grunde ist eine Überführung der Berufsschule für Pflege von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion in die Erziehungs- und Kulturdirektion vorzubereiten. Bis die aktuellen Ausbildungen (Pflegeassistenten, Diplomausbildungen Niveau I und II) nicht mehr angeboten werden, wird diese Überführung die bestehenden Reglementierungen des SRK berücksichtigen.	Die Überführung der Berufsschule für Pflege zur Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist per 1. Januar 2003 vollzogen worden.
Gesundheitsförderung und Prävention			
	3.01.42 (neu)	Das Projekt «Gesundheitsförderung im Frühbereich» tritt im Jahr 2003 in die zweite Phase. Schwerpunkt der Arbeit wird es sein, die Überführung der Aufgaben in nachhaltige Strukturen vorzubereiten. LRB 1999/1911 betr. Gesundheitsförderung im Frühbereich.	Das Projekt findet im Herbst 2004 seinen Abschluss (vgl. dazu auch Programmpunkt 3.08.01 im Jahresprogramm 2004 des Regierungsrates).

		Verpflichtungskredit:: Fr. 400'000 Nettoaussgaben bis Ende 2001: Fr. 188'990 Budget 2002: Fr. 80'000 Budget 2003: Fr. 80'000	
	3.01.43 (neu)	Weiterführung des Projektes Take-off, eines Präventionsprogrammes für Jugendliche im sekundären Bereich für die Jahre 2002 bis 2004. LRB 2002/1577 betr. Weiterführung des Projektes Take-off. Verpflichtungskredit:: Fr. 865'000 Budget 2002: Fr. 50'000 Budget 2003: Fr. 265'000	Das Projekt wurde planmässig weitergeführt.
Rahmenbedingungen			
Konsolidierung der Gesetzgebung im Gesundheitswesen; Schaffung von mehr unternehmerischem Freiraum für die öffentlichen Spitäler	3.01.20	Abschluss der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. <i>Die fachliche Anhörung wurde durchgeführt. Es folgen die Vernehmlassung und die Vorlage an den Landrat.</i> Abschluss der Anschlussarbeiten an die Revision des Spitalgesetzes des Jahres 2002 mit Schwerpunkt Neuregelung der Chefarztbesoldung. <i>Änderung des Personaldekretes</i>	Vor dem Hintergrund des sehr hohen Arbeitsanfalles im Jahre 2003 und mit Blick auf die im Heilmittelbereich auf Bundesebene noch nicht vollständig abgeschlossene Neuregelung wird die Weiterarbeit an der Gesetzesrevision im Jahre 2004 erfolgen (vgl. dazu auch Programmpunkt 3.07.01 im Jahresprogramm 2004 des Regierungsrates).
	3.01.22	Erarbeiten der Vorlage für ein Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter. <i>Vorlage an den Landrat</i>	Die externe Vernehmlassung der Gesetzesnovelle ist erfolgt. Es ist vorgesehen, die Vorlage im 1. Quartal 2004 dem Landrat zu unterbreiten.
Aus- und Weiterbildung			
Die Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird auf der Basis der neuen Bildungssystematik sowie der nachfolgenden Regelung durch das Berufsbildungsgesetz in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt.	3.01.26	Die Integration der Pflegeassistentenschulen des Kantonsspitals Bruderholz und des Kantonsspitals Laufen wird gemäss Lehrortsprinzip implementiert. Die Gesamtverantwortung für diese Ausbildung liegt bei der Berufsschule für Pflege (gemäss Vorgaben des SRK). Die Praxisinstitutionen werden die Ausbildungsverträge mit den Lernenden abschliessen. Die Berufsschule für Pflege übernimmt neben dem theoretischen Unterricht die Verantwortung für den dritten Lernort (Lernwerkstatt) und die Lehraufsicht.	Die Integration der Pflegeassistentenschulen der Kantonsspitäler Laufen und Bruderholz in die Strukturen der Berufsschule für Pflege ist abgeschlossen.
	3.01.27	Der Aufbau der neuen Ausbildung Fachangestellte Gesundheit wird in Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet. Das bedeutet: Aufbau des theoretischen Unterrichts mit Integration des allgemeinbildenden	Die Umsetzungsarbeiten der neuen Bildungssystematik schreiten planmässig voran. Im Jahr 2004 werden wie geplant die ersten Kurse starten. Das neue Berufsbild der Fachangestellten Gesundheit ist auf erfreulich grosses

		Unterrichts, Aufbau der Organisation der Arbeitswelt mit überbetrieblichen Kursen, Aufbau des Lehrortsprinzips mit Lehraufsicht durch das Amt für Berufsbildung BL und BS, Aufbau der praktischen Ausbildung und Aufbau des Marketings für diesen neuen Beruf. Im Jahre 2004 werden zwei Pilotkurse angeboten.	Interesse gestossen. Entsprechend wird im 2004 mit drei Klassen gestartet.
--	--	--	--

Programmpunkt Nr. 3.02

Arbeit

Das Jahresprogramm des KIGA 2003 ist geprägt von den Neuerungen, welche z.T. bereits 2002 in Angriff genommen wurden, 2003 aber in den «Dauerbetrieb» übergehen sollen. Dazu zählen namentlich der Freie Personenverkehr mit der EU/EFTA, die Bekämpfung der Schwarzarbeit, aber auch das Projekt «ePublic». Neue Herausforderungen werden die Umsetzung des Einspracheverfahrens ATSG und eventuell das Projekt «Globalbudget für die arbeitsmarktlichen Massnahmen» sowie auch ein allfälliges Inkrafttreten der AVIG-Revision 2003 darstellen.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Freier Personenverkehr EU - CH	3.02.05 (neu)	Aktualisierung und Bereitstellung der notwendigen formellen, organisatorischen und personellen Infrastruktur zur 1. Umsetzung der schrittweisen Einführung des freien Personenverkehrs unter Berücksichtigung der Übergangsregelung für Ausländergesuche aus EU/EFTA. 2. Umsetzung der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO 2) für Ausländergesuche ausserhalb EU/EFTA 3. Umsetzung der Konsequenzen im Vollzug der Arbeitslosenversicherung (RAV und Öffentliche Arbeitslosenkasse) <i>Reduzierte Einnahmen aus Bewilligungsgebühren für die arbeitsmarktlichen Prüfungen (Konto 2210.431.50)</i>	Ad 1. und 2.: Die weitere Umsetzung des Freien Personenverkehrs in der Phase I konnte erfolgreich realisiert werden. Eine wertvolle Unterstützung hierbei war die e-Government-Anwendung "Arbeitsbewilligungen online". Dies gilt auch für die Umsetzung der BVO 2. Ad 3.: Die Umsetzung im Vollzug der Arbeitslosenversicherung gestaltete sich bisher problemlos, aber aufwändig (Formulare E301 und E303). Der Einnahmefall ist infolge einer insgesamt grösseren Nachfrage nach Bewilligungen nicht so gross wie befürchtet.
Flankierende Massnahmen zum Freien Personenverkehr EU - CH	3.02.06 (neu)	Vorbereitung mittels 1. Konstituierung der Tripartiten Kommission (TPK), Erlass der entsprechenden Verordnung, Wahl der Mitglieder durch den Regierungsrat. 2. Aufbau des TPK-Sekretariates im KIGA, Abteilung Arbeitsbedingungen. 3. Vertiefung des Fachwissens betreffend Allgemeinverbindlicherklärungen von Gesamtarbeitsverträgen und Erlass von	Ad 1.,2. und 4.: Der Entwurf einer Verordnung zum Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnte in die Vernehmlassung gegeben werden. Diese wurde in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet und sollen in den ersten Wochen des Jahres 2004 zum Erlass der entsprechenden Verordnung führen. Ad 3.:

		Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen. 4. Bereitstellung der notwendigen Hilfsmittel für die Umsetzung des neuen Entsendegesetzes.	Die erfolgreiche kantonale Allgemeinverbindlicherklärung des GAV im Gipsergewerbe bot eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Erwerb des entsprechenden Fachwissens.
Projekt «ePublic BL» – Bewilligungen für ausländische Arbeitnehmende	3.02.07 (neu)	Inbetriebnahme des zur Zeit als Konzept vorliegenden Projekts, im Rahmen des Projektauftrages, ab 1.1.03. <i>EDV-Budget VSD</i>	Erfolgreich realisiert (siehe oben). Die Rückmeldungen aus der Arbeitgeberschaft sind sehr positiv.
Bekämpfung der Schwarzarbeit	3.02.03	Umsetzung des Vollzugskonzeptes, primär der zentralen Kontroll- und Koordinationsaufgaben. <i>Lohnbudget 2210, nicht beim KIGA budgetierte Einnahmen durch Bussen</i>	In der Realisierungsphase.
Arbeitslosenversicherung	3.02.01	Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsgesetzes (ATSG), Einspracheverfahren reibungslose Umsetzung im Vollzugsbereich der Arbeitslosenversicherung ab 1.1.2003. Umsetzung der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) 2003, falls in Kraft tretend. Teilnahme am Pilotprojekt des seco «Globalbudgets für arbeitsmarktliche Massnahmen», falls BL berücksichtigt wird. <i>Aufwandminderung beim Kantonsgericht, Abt. Sozialversicherungsrecht</i>	ATSG wird bisher ohne bekannte Probleme im Vollzugsbereich umgesetzt, bringt aber einen wesentlichen Zusatzaufwand. Die Entlastung des Kantonsgerichtes liegt bei ca. 90 %. Die AVIG-Revision 2003 konnte ebenfalls ohne grössere Probleme umgesetzt werden. Etwelche Akzeptanzprobleme bei der entsprechenden Versichertengruppe verursachte eine Reduktion des maximalen Taggeldbezuges von 520 auf 400 Taggelder (Unter-55-Jährige).
Kinderzulagen	3.02.08 (neu)	Vorbereitung einer Revisionsvorlage zum Kinderzulagengesetz durch die Zentrale Aufsichtskommission für Kinderzulagen (ZAK, Sekretariat beim KIGA). <i>Vorlage an den Landrat</i>	Die Revisionsvorlage wurde auf den Herbst 2004 verschoben. Sie wird dem Landrat als Gegenvorschlag zur nicht formulierten Initiative "Höhere Kinderzulagen für alle" unterbreitet werden.

Programmpunkt Nr. 3.03	Wirtschaftspolitik
Die Wirtschaftspolitik fusst auf dem Regierungsprogramm 1999-2003 («Der Ausbau der Standortgunst des Kantons Basel-Landschaft»), das nach wie vor gültig ist, dessen Inhalte aber in einzelnen Teilen aufgrund laufender Entwicklungen angepasst wurden und werden. Ein qualitativ hochstehender Wirtschaftsstandort zeichnet sich nicht nur durch gute Rahmenbedingungen, sondern auch durch einen unkomplizierten Zugang zu Verwaltung und Regierung aus. Der Regierungsrat hat erkannt, dass das Dienstleistungszentrum der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft diesem Erfordernis nur schon aus Distanzgründen nicht vollständig gerecht werden kann. Entsprechend wurde die so genannten «Bestandespflege» in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung zurückgenommen und im Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion eine zentrale Anlaufstelle für Anliegen der Baselbieter Wirtschaft geschaffen. Der Leistungsauftrag des Dienstleistungszentrums «Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft» wurde überarbeitet. Priorität haben nunmehr die aktive Ansiedlungsförderung und die Standortwerbung sowie die Betreuung von gründungswilligen Personen (neue Firmen).	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Wirtschaftsbericht	3.03.01	Die Neuauflage des Wirtschaftsberichtes in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt wurde mit Blick auf die Verfügbarkeit aktualisierter Daten vom Jahr 2002 auf das Jahr 2003 verschoben.	Der Wirtschaftsbericht 2003 (Vorlage Nr. 2003 / 231) liegt vor.
Tourismus Etablierung einer professionellen Tourismusorganisation unter dem Namen Baselland Tourismus	3.03.02	Umsetzung der neuen Tourismus-Politik des Kantons auf der Basis eines neuen Tourismusgesetzes. Vorlage an den Landrat Budget 2003: Jahresbeitrag Fr. 300'000.–	Das Tourismusgesetz (Vorlage Nr. 2003 / 101 vom 29. April 2003 wurde vom Landrat in seiner Sitzung vom 19. Juni 2003 zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet und vom Volk am 30. November 2003 mit 23'156 Ja gegen 18'506 Nein angenommen. Das Gesetz ist am 1. Dezember 2003 in Kraft getreten.
Familie und Beruf Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über das Impulsprogramm «Familie und Beruf» gemäss Wirtschaftsbericht BL 2000	3.03.04	Umsetzung des Impulsprogramms «Familie und Beruf» für die Jahre 2002 bis 2004. Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsförderungsfonds.	Das Programm wurde planmässig weitergeführt.

Programmpunkt Nr. 3.04	Landwirtschaft
Die agrarpolitischen Vorgaben des Bundes sind im Vollzug laufend umzusetzen. Über die Grundausbildung, Weiterbildung und Beratung sind die Landwirte und Landwirtinnen zu befähigen, sich den wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Auf kantonaler Ebene sind je nach Bedarf Ergänzungsmassnahmen bereitzustellen.	

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Bildung, Weiterbildung, Beratung			
Modularisierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung	3.04.12	Aufbau und Einführung der modularen Ausbildung nach den Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie.	Die Module sind aufgebaut und mit den Nachbar-kantonen abgesprochen. Es zeigt sich jedoch, dass die Umsetzung auf gesamtschweizerischer Ebene mit Schwierigkeiten verbunden ist.
Anpassung an das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung	3.04.16 (neu)	Notwendige Anpassungen definieren und Umsetzung vorbereiten.	Der Schweizerische Bauernverband erarbeitet zur Zeit ein neues Bildungsmodell für die Landwirtschaft, das für die ganze Schweiz gelten soll und direkte Auswirkungen auf den Kanton hat. Deshalb werden die kantonalen Entscheide verzögert.
Landwirtschaftliche Produktion			
Erfassen der genauen landwirtschaftlichen Nutzflächen	3.04.14	Aufgrund der Luftbilder werden durch das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain die landwirtschaftlichen Nutzflächen neu bestimmt.	Die Arbeit ist zu zwei Dritteln erledigt. Wegen der reduzierten Verfügbarkeit des Fachmannes wird sie erst im Jahr 2004 abgeschlossen.
Förderung des Tafelkirschenanbaus	3.04.17 (neu)	RRB Nr. 2275 vom 28. November 2000: Das Programm mit Gesamtkosten von rund Fr. 230'000.– wird wie geplant durchgeführt (2003 Pflanzung von ca. 4 ha). Budget 2003: Jahrestanche Fr. 50'000.–	Es wurden 3.5 ha gepflanzt. Die kantonalen Beiträge betrugen 73'471 Franken. Der Kanton nimmt keine neuen Gesuche mehr entgegen.
Infrastruktur			
Umschuldung von Bauernbetrieben, welche unverschuldet oder infolge der neuen Agrarpolitik in eine Notlage geraten	3.04.15	Einsatz von Betriebshilfedarlehen. Bereitstellen von kantonalen Mitteln, damit Bundesmittel ausgelöst werden können.	Die tiefen Bankzinsen erfordern nicht zwingend Umschuldungen mit zinsfreien Betriebshilfedarlehen. Dagegen kamen infolge der grossen Trockenheit einige Betriebe in eine finanzielle Notlage, welche Darlehen nötig machte. Aus Reservemitteln der Betriebshilfekasse konnten Bundesmittel ausgelöst werden.

Programmpunkt Nr. 3.05

Wald

Das Sicherstellen der nachhaltigen Erfüllung aller Waldfunktionen ist eine gemeinsame Aufgabe von Waldeigentümern und Öffentlichkeit. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldeigentümer soll unterstützt und das Wissen der Öffentlichkeit und Behörden über Bedeutung und Schutz des Waldes gefördert werden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Walderhaltung			
Erhalten und Verbessern einer qualitativ und quantitativ nachhaltigen Entwicklung des Waldes	3.05.05	Weiterführung des Waldwiederherstellungsprojektes nach dem Orkan «Lothar». LRB 2001/1282 betr. Verpflichtungskredit Behebung der Schäden im Wald verursacht durch den Orkan «Lothar» Verpflichtungskredit (netto): Fr. 4'021'000 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 1'753'475 Budget 2002: Fr. 1'288'200 Budget 2003: Fr. 295'700 Weiterführung der Waldschadenuntersuchungen. LRB 2000/556 betr. Waldschadenuntersuchungen Verpflichtungskredit: Fr. 671'200 Nettoausgaben bis Ende 2001: Fr. 337'965 Budget 2002: Fr. 170'000 Budget 2003: Fr. 172'000	Zum Waldwiederherstellungsprogramm nach "Lothar": Als Folge der grossen Trockenheit im Jahr 2003 und des ausserordentlichen Borkenkäferaufkommens fielen erhöhte Aufwendungen im Bereich der Bekämpfung von Folgeschäden an. Zu den Waldschadenuntersuchungen: Die Arbeiten verliefen programmgemäss.
Stärken der Forstbetriebe als Garanten einer qualitativ guten und nachhaltigen Waldpflege durch das Sicherstellen der Marktfähigkeit des einheimischen Rohstoffes Holz	3.05.07	Entflechtung der hoheitlichen und der betrieblichen Aufgaben. Schaffung von Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Ausrichtung der Forstbetriebe.	Im Jahr 2003 sind erste Überlegungen angestellt worden. Die Konkretisierung erfolgt im Jahr 2004.
Erhöhung des Wissens und der Sensibilität der Bevölkerung über und für das Ökosystem Wald	3.05.08	Förderung des waldspezifischen Schulunterrichtes in den Unter- und Oberstufen.	Als konkrete Massnahme wurden im Jahr 2003 in Zusammenarbeit mit dem Försterverband beider Basel sogenannte "Waldtage" durchgeführt.
Waldnaturschutz			
Erhöhung der für Naturschutzanliegen ausgeschiedenen Waldflächenanteile	3.05.06	Umsetzung des Konzeptes «Naturschutz im Wald» unter Einbezug des Waldnaturschutzkonzeptes beider Basel.	Die Umsetzungsarbeiten konnten im 2003 aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel nicht fortgesetzt werden.

Programmpunkt Nr. 3.06

Vermessungs- und Meliorationswesen

Umsetzung des Landratsbeschlusses Geographisches Informationssystem (GIS) in der Verwaltung und in den Gemeinden. Abschluss der Realisierung der neuen amtlichen Vermessung 1. Etappe 1996 - 2000 und Fortsetzung der 2002 begonnenen 2. Etappe 2001 - 2008 gemäss Landratsbeschluss 2001. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen und von Einzelprojekten in den Gemeinden.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Geografisches Informationssystem GIS			
Förderung und Nutzung von GIS Systemen, Applikationen und Daten	3.06.01	Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses «Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft». LRB 1013/2001 betr. GIS Verpflichtungskredit:: Fr. 2'800'000 Budget 2002: Fr. 491'000 Budget 2003: Fr. 458'000	Seit dem 26. März 2003 ist mit PARZIS und dem Geo Data Warehouse das GIS im Intranet der kantonalen Verwaltung operationell. Bis zum Dezember 2003 wurden pro Tag durchschnittlich 130 Besuche von Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und den am Kantonsnetz angeschlossenen Gemeindeverwaltungen gezählt. An vier Kick Off-Meetings wurde PARZIS über 200 interessierten Mitarbeitenden der Verwaltung und der Gemeinden vorgestellt. Im Juli veranstaltete die VSD eine Medienorientierung über das GIS BL mit PARZIS. Im September besuchten 18 Führungskräfte aus der Verwaltung und den Gemeinden ein durch die GIS-Fachstelle und die Firma ITV durchgeführtes GIS-Management Seminar. 29 Mitarbeitende aus der Verwaltung absolvierten den intern angebotenen GIS-Kurs "Einführung in ArcGIS".
	3.06.08 (neu)	Realisierungsbeginn der Projekte Meta-Informationssystem, GIS BL im Internet und Datenvertrieb. Integration Walddaten, Richtplan, Grundwasser-schutzzonen, Bodenkarten und Naturschutzinventare in das Geo Data Warehouse.	Bis Ende 2003 wurden die Konzepte für das Meta-Informationssystem und GIS im Internet erstellt. Der Auftrag für die Realisierung des Meta-Informationssystems GeoKato wurde noch Ende 2003 erteilt. Folgende Datenebenen standen bis Ende 2003 zur Verfügung: Amtliche Vermessung, Nutzungsplanung, Naturschutzzonen, Orthofotos, digitale Übersichtspläne, digitale Landeskarten, Gewässerschutzbereiche, Grundwasserschutzzonen, Bohrungen, Pumpwerke, Quellen und belastete Standorte. Der Zugriff auf die Daten des EDV-Grundbuches erfolgt ebenfalls über PARZIS.
	3.06.02	Betrieb der GIS-Fachstelle als Dienstleistungsbetrieb für GIS bezogene Projekte. Betreuung von GIS-Projekten in den Dienststellen der Verwaltung BL und Beratung für die Gemeinden.	Im November 2003 wurde der Entscheid für die Umstellung der Vermessungsapplikation Gravis auf GEOS Pro gefällt und die dazu notwendige Software bestellt. Mit der Umstellung der Daten auf das neue System wurde bereits begonnen. Die GIS-Fachstelle leistete Support für die Projekte Meliorationskataster, Trinkwasser-GIS, Naturgefahrenkarte und Grabungskataster der Kantonsarchäologie.

			Die Gebäudedatenbank ist ein Gemeinschaftswerk des Bauinspektorates, des Statistischen Amtes und des Vermessungs- und Meliorationsamtes. Den Auftrag für die Realisierung hat der Regierungsrat im Dezember 2003 erteilt. Das Projekt ist das primäre Referenzsystem für Gebäude-Daten und Gebäude-Adressen im Kanton.
Amtliche Vermessung 93			
Abschluss der 1. Etappe, Start der 2. Etappe 2001 - 2008	3.06.04	Der Abschluss der 1. Etappe der Realisierung der AV93 über die Jahre 1996 bis 2000 setzt sich gemäss Werkverträgen fort und wird 2003 vollständig mit Schlussberichterstattung erfolgen. 2003 wird die 2002 begonnene Realisierung der 2. Etappe AV93 2001 - 2008 fortgesetzt gemäss dem mit dem Bund vereinbarten Programm. LRB 98/95 betr. Realisierung der Neuen Amtlichen Vermessung (AV93), 1. Etappe Verpflichtungskredit: Fr. 9'700'000 Abschlussarbeiten 2003: Fr. 80'000 Einnahmen: Beitrag Gemeinden 2003: Fr. 151'500 LRB 1281/2001 betr. Realisierung der Neuen Amtlichen Vermessung (AV93) 2. Etappe Verpflichtungskredit: Fr. 13'106'000 Ausgaben Budget 2003: Fr. 1'195'580 Einnahmen: Beitrag Bund 2003: Fr. 114'645 Einnahmen: Beitrag Gemeinden 2003: Fr. 866'590	Der Abschluss der 1. Etappe ist erfolgt. Der Schlussbericht wird auf Ende Januar 2004 nach der vollständigen Verbuchung aller relevanten Kosten zur Rechnung 2003 vorgelegt. Die Fortsetzung der 2. Etappe ist gemäss dem Programm 2003 administriert und vertraglich geregelt worden. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2003 wird nur insofern differieren, als durch Terminveränderungen andere Zahlen im Vergleich zum Budget resultieren.
Bodenverbesserung			
Förderung von Planung und Realisierung rationeller Infrastrukturen für die landwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung	3.06.06	Weiterführen der laufenden Bodenverbesserungsunternehmen sowie Verfügbarmachen aller beim Bund vorgesehenen finanziellen Bodenverbesserungshilfen für den Kanton. Konto 2230.364.00-1; Jahrest ranche 2003: Fr. 0.50 Mio. (abhängig von Verfügbarkeit Bundeskredite zu Gunsten Kanton BL)	In der Felderregulierung Biel-Benken wurden die Einsprachen zur definitiven Neuzuteilung behandelt und durch den Regierungsrat genehmigt. Damit kann der Eigentumsübergang vorgenommen werden. In der Felderregulierung Rickenbach ist die Rechtskostenverteilung rechtskräftig. Die Subventionsschlussabrechnung liegt vor. In der Felderregulierung Roggenburg laufen die Schlichtungsverhandlungen zur Neuzuteilung Feld.
	3.06.05	Einleitung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen. Weiterbehandlung von angemeldeten Beitragsgesuchen für Finanzhilfen an Meliorationsprojekte sowie	In der Gemeinde Blauen wurde eine landwirtschaftliche Vorstudie gestartet, welche den Entwicklungsbedarf für Strukturverbesserungen aufzeigen und die Grundlagen

		Beratungen betreffend Bodenverbesserungen in den Gemeinden. Nicht kostenwirksam im Budget 2003: Auftrag gemäss Dienstordnung VMA, Fachstelle Melioration	für die Abstimmung über eine Gesamtmelioration liefern wird. In der Gemeinde Brislach wurde eine Grundlagenabklärung mit ähnlichem Inhalt eingeleitet. In der Gemeinde Wahlen wurden die Schlichtungsverhandlungen über den Einbezug in eine Gesamtmelioration abgeschlossen.
	3.06.07	Realisierung der zweiten Jahresetappe für die digitale Sicherung der alten Meliorationsleitungspläne bei der Fachstelle Melioration, Meliorationspläne Laufental. Nicht kostenwirksam im Budget 2003: Erfassung mit verwaltungsinternen personellen und materiellen Ressourcen (gemäss Ergebnis Vernehmlassung Landratsvorlage zum Meliorationsleitungskataster MLK, 2000)	Im Jahr 2003 konnten die Arbeiten zur Sicherung der Meliorationsleitungspläne von weiteren zehn Gemeinden abgeschlossen oder neu aufgenommen werden.

Programmpunkt Nr. 3.07

Rheinhäfen

Die Rheinhäfen in Birsfelden und Muttenz werden weiterentwickelt zum Zwecke einer optimalen Nutzung. Der durch die gewerbliche Schifffahrt genutzte umweltfreundliche Gütertransport und -umschlag in den beiden Baselbieter Rheinhäfen wird durch geeignete Massnahmen unter Wahrung der Sicherheit und unter Schonung der Umwelt gefördert. Die eingeleiteten Überlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den baselstädtischen Rheinhäfen werden weiterverfolgt. Für den wasserseitigen Einsatz von Sicherheitsmitteln wird eine Einsatzbasis geplant. Der Entwicklung bezüglich massiver Verlagerung der Mineralöltransporte von der Strasse auf die Bahn infolge der LSWA wird mit einem entsprechenden Projekt Hafenbahn Rechnung getragen.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2003
Container-Terminal im Rheinhafen Birsfelden	3.07.01	Der geplante Container-Terminal wird voraussichtlich im Jahr 2003 in Betrieb genommen. Die notwendigen Investitionen des Kantons für die Infrastruktur sind zur Zeit noch nicht bekannt.	Der neue Container-Terminal der Firma COBI AG wurde im Dezember 2003 mit der Montage des Portalkranes teilweise in Betrieb genommen. Die Aufnahme des Vollbetriebes ist auf Frühjahr 2004 geplant. Seitens des Kantons Basel-Landschaft sind keine grösseren Investitionen notwendig. Der Bau eines zusätzlichen Geleises wurde über die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft mit Beteiligung des Bundes finanziert.
Optimierung Zusammenarbeit mit den Rheinhäfen Basel-Stadt	3.07.02	Die vertiefte Studie über eine allfällige Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel, ergänzt durch ein gemeinsames Nutzungskonzept und eine Hafenentwicklungsstrategie wurde im Sommer 2002 vorgelegt. In den beiden Regierungen BL und BS, allenfalls unter Einbezug des Landrates, wird im Rahmen eines	Die Arbeiten rund um das Fusionsprojekt wurden im Jahr 2003 weitergeführt. Im Vordergrund stand die Erarbeitung des Entwurfes eines Staatsvertrages. Es ist vorgesehen, das partnerschaftliche Geschäft im Jahr 2004 den Parlamenten von Basel-Stadt und Basel-Landschaft zum Entscheid zu unterbreiten.

		partnerschaftlichen Geschäftes ein Grundsatzentscheid zu fällen sein. Je nach Entscheid werden die weiteren Arbeiten fortgeführt.	
Optimierung und Ausbau der Hafenbahn BL	3.07.05 (neu)	Zur Beseitigung der Engpässe im Bereich der Hafenbahn BL wird ein Optimierungs- und Ausbauprojekt mit entsprechender Kreditvorlage an den Landrat vorbereitet.	Zur Abklärung der Möglichkeiten und Konsequenzen wurde eine externe Studie in Auftrag gegeben. Nach dem Vorliegen der Ergebnisse werden in drei Modulen entsprechende Optimierungsmassnahmen umgesetzt. Die kurzfristigen Massnahmen zur Überbrückung der Zeit bis zur Realisierung eines grösseren Ausbauprojektes werden im Rahmen der ordentlichen Planung und Rechnung der Konzessionierten Hafenbahn Basel-Landschaft durchgeführt.